

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Tageblatt Rieser,
Grosshain Nr. 20,
Grosshain Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grosshain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptnotars Meißner bestmöglicherweise bestimmte Blatt.

Verlagsort:
Dresden 1320,
Groschauer,
Rieser Nr. 22.

Nr. 115.

Freitag, 18. Mai 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Kufflag, feste Tarife, die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufflag, feste Tarife. Künftige Unterhaltungsbeilage "Schüler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gostelstraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

Reichsbahn und Reparationslast.

Von Dr. Rudolph Schneider.

Die Reichsbahngesellschaft hat eine Erhöhung der Person- und Gütertarife angekündigt. Damit schließt sich ein weiteres Glied an die schwere und drückende Kette, welche die deutsche Wirtschaft trägt. Kaum war im letzten Dezember vom Reichstag die allerdings längst verprovokierte und zweifellos notwendige Erhöhung der Beamtengehälter beschlossen worden, die insgesamt 1000 Millionen Mark und davon für die Reichsbahngesellschaft etwa 200 Millionen jährlich ausmacht, als die gesetzliche Verlängerung der Arbeitszeit infolge des Arbeitszeitgesetzes schon Ende Januar der deutschen Stahlindustrie die Begründung zu einer mindestens zwei-prozentigen Erhöhung der Preise für Walzwerkzeugnisse lieferte. Dann traten im April auf Grund verbindlicher Schiedsprüche die erhöhten Bergarbeiterlöhne in Kraft, in deren Folge am 1. Mai eine Erhöhung der Kohlenpreise um durchschnittlich eine Mark für die Tonne bewilligt werden mußte, an die sich nunmehr in weiterer Folge die soeben bekanntgegebene abermalige Erhöhung der Eisenpreise um vier bis sieben Mark für die Tonne anschließt. Wied schließt sich an: Mit diesen Erhöhungen von Gehältern, Löhnen, Kohlenpreisen, Eisenpreisen begründet die Reichsbahngesellschaft die bevorstehende Tarifierhöhung!

Wie aber steht es dabei mit denjenigen Zweigen der Wirtschaft, mit Gewerbe, mit Klein- und Mittelbetrieben, die nicht durch solche Synthesen nun einfach eine entsprechende Erhöhung ihrer Preise festsetzen können, sondern die zwar alle jene Lasten tragen und nun vor allem mit großer Sorge die Frachterhöhung kommen sehen, während sie bei jetzt doch wohl schlechter werdender Konjunktur und verstärktem Wettbewerb für sich keine Preiserhöhung durchsetzen vermögen!

Und gerade bei dieser Gelegenheit muß daran erinnert werden, daß ein Faktor in dieser ganzen Kalkulation steht, auf den wir vielleicht noch die glückliche Führung der politischen Geschichte Deutschlands wirksamen Einfluss nehmen können: das ist nämlich die Reparationslast, welche allein für die Reichsbahnen 600 Millionen Mark im Jahre beträgt. Rechnet man, daß bei den Eisenbahnen im allgemeinen der Personenerwerb gerade eben seine Selbstkosten trägt, und daß der Güterverkehr es ist, welcher etwaige Ueberschüsse bringt, so stellt sich die Rechnung folgendermaßen:

Selbst in einem Jahr gesteigerten Verkehrs, wie 1927 es war, kommen aus dem Güterverkehr höchstens drei Milliarden Mark. Die Reparationslast beansprucht davon 600 Millionen Mark, rund ein Drittel. Demnach zahlen wir in allen Frachten ein Drittel für die ausländischen Empfänger anderer Erträge, und leider werden dadurch die volkswirtschaftlich wichtigsten Industriezweige, die zahllosen mittleren und kleineren Betriebe, welche für die Ausfuhr arbeiten, am meisten betroffen. Fracht ist zu zahlen vom Rohstoff zum Halbfabrikat, zur Veredelungsindustrie; und Industriegebiete, wie Sachsen, aber ebenso Thüringen, Württemberg usw. zahlen für den Bezug ihrer Rohstoffe von den Seehäfen und den entfernteren Gebieten der Rohstoffindustrie her, und dann wieder bei der Ausfuhr Eisenbahnfracht bis zum Seehafen. In jeder Ware, in den Maschinen und Textilwaren, mit denen unsere Exportindustrie im Auslande gegen fremde Erzeugnisse in scharfen Wettbewerb tritt, steckt ein großer Anteil Frachtkosten; und ein Drittel davon ist herbeigeführt durch den unerträglich hohen Tribut an die ehemaligen Feinde. Dies verstärkt natürlich die Sorgen, mit welchen unsere Wirtschaft der angekündigten Tarifierhöhung entgegenblickt. — Die begonnenen Verhandlungen über die sogenannte Kommerzialisierung der Eisenbahn-Obligationen sind daher von höchster Bedeutung für alle, welche von der bevorstehenden Tarifierhöhung betroffen werden. Es handelt sich bekanntlich seit dem Dawesplan um eine der Reichsbahn auferlegte Obligationsschuld von 11 Milliarden Mark, die mit 5 Prozent verzinst und mit 1 Prozent jährlich getilgt werden müssen, ein Jahresbetrag von demnach 800 Millionen Mark, zu denen eine Verzehrfsteuer von 200 Millionen Mark hinzutritt. Wenn Pariser Gilbert im vorigen Dezember die Festsetzung einer Endsumme für den Dawesplan angeregt hat, wenn seitdem über diese Dinge Vorverhandlungen im Gange sind, die schon wegen des dringenden Kapitalbedarfs der Reparationsempfänger nicht ergebnislos bleiben dürften, so bilden die erwähnten 11 Milliarden Mark Obligationen der Deutschen Reichsbahngesellschaft das Kernstück der ganzen Frage. — An dieser Stelle fällt die Entscheidung, ob statt weiterer Erhöhung einmal eine Ermäßigung der unerträglich hohen Frachten und damit eine Erleichterung der deutschen Ausfuhr sich erreichen läßt. Die 600 Millionen Mark, welche die Reichsbahn jetzt ohne jede Gegenleistung als Tribut ans Ausland abgeben muß, drücken dauernd auf die gesamte Finanzgarantierung der Reichsbahn, sie machen jede Erhöhung der sonstigen Kosten, Löhne und Gehälter doppelt schwer ertragbar, sie unterbinden fast gänzlich selbst den notwendigen Ausbau des deutschen Eisenbahnnetzes. Allenfalls in Deutschland gibt es Verkehrsprojekte, die schon vor 15 Jahren dringlich waren, aber heute noch hoffnungslos unausführbar sind, weil der Reichsbahn das erforderliche Kapital fehlt. Man erinnere sich an die schwierigen Verhandlungen, an die hohen Zinsen und unvorzählbaren Bedingungen, zu denen die Reichsbahngesellschaft im vorigen Februar auf nur 100 Millionen Mark durch Verkauf von Vorzugsaktien auf dem inländischen Geldmarkt sich zu leisten vermochte, und demgegenüber stelle man die Milliarde Mark, welche die Reichsbahn alljährlich als Tribut abgibt. Auch diese Auswärtigen beweisen wie

Reichs- und Staatsminister a. D. Dr. Heinze gestorben.

id. Dresden. Am Vorabend des Himmelfahrtstages ist in seiner Wohnung in Dresden-Neiße Dr. Heinze, mitten aus angelegter Wahlkampfarbeit heraus, der Vorsitzende des Wahlkreisverbandes Ostachsen der Deutschen Volkspartei, Reichs- u. Staatsminister a. D. Dr. Heinze, plötzlich einem Herzschlag erlegen. Dr. Heinze hatte sich noch bis vor zwei Tagen lebhaft am Wahlkampf beteiligt, fühlte sich aber dann in den letzten zwei Tagen unwohl und war zu Hause geblieben.

Dr. Heinze wurde am 22. Juli im Oldenburgischen geboren, wandte sich früh dem juristischen Studium zu und wurde nach einer glänzenden juristischen Karriere im Jahre 1914 Reichsgerichtsrat. — Politisch betätigte sich Dr. Heinze seit dem Jahre 1906, als er als Amtsrichter in Dresden tätig war. Dr. Heinze war vorübergehend Mitglied des Dresdener Stadtverordnetenkollegiums und von 1907—1912 Mitglied des Reichstags als Vertreter der Nationalliberalen Partei für den Wahlkreis Dresden-Mittstadt. Von 1915—1916 im Sächsischen Landtag tätig, wurde Dr. Heinze 1916 auf Reform der türkischen Rechtspflege nach Konstantinopel berufen, nachdem er vorher längere Zeit ein hohes richterliches Amt in Polen innegehabt hatte. Im Frühjahr 1918 ernannte der König von Sachsen Dr. Heinze zum sächsischen Justizminister; am 26. Oktober 1918 beauftragte der sächsische König Dr. Heinze sodann mit der Bildung des ersten parlamentarischen Kabinetts in Sachsen. Nach dem Kriege wurde Dr. Heinze als einziger Vertreter der sächsischen Nationalliberalen als Kandidat der neugegründeten Deutschen Volkspartei in die Nationalversammlung gewählt, wo er den Wahlkreis Ostachsen vertrat. Seither ist Dr. Heinze in ununterbrochener Folge erster Reichstagskandidat und Abgeordneter der Deutschen Volkspartei Ostachsen gewesen. Während der Dauer der Nationalversammlung lag die Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei in seinen Händen. Unter seiner Führung trat die Fraktion in die entscheidende Opposition zu der Reichstagsmehrheit der Weimarer Koalition, die nach Annahme des Versailler Diktates die Verfassung des neuen Reichs annahm. Die Deutsche Volkspartei mit ihrer kaum 20 Mann starken Fraktion in der Nationalversammlung ging aus den Wahlen von 1920 mit weit über achtzig Mandaten hervor.

Bei der Regierungsbildung nach den Reichstagswahlen von 1920 wurde Dr. Heinze vom Reichspräsidenten Ebert mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt; Dr. Heinze bemühte sich damals vergeblich, erstmalig eine Regierung der Großen Koalition zusammenzustellen. Der sodann zum Reichskanzler berufene Zentrumsabgeordnete Feilerbach berief ihn als Reichsjustizminister in die dann von ihm gebildete erste bürgerliche Regierung nach der Revolution. Das Amt des Reichsjustizministers bekleidete Dr. Heinze zum zweiten Male in dem Kabinett des Reichskanzlers Dr. Cuno. Im Kabinett Feilerbach amtierte Dr.

Heinze gleichzeitig als Vizekanzler. Als dann bei Beendigung des Ruhrkampfes im Oktober 1923 jene schweren Unruhen in Sachsen ausbrachen, die den damaligen Reichskanzler Dr. Stresemann zum Einzug der Reichswehr in Sachsen bewog, übernahm Dr. Heinze aus der Hand des damaligen Reichspräsidenten Ebert das schwierige Amt eines Reichskommissars für Sachsen. Als solcher löste Dr. Heinze die terroristische Regierung Reigner-Böttcher in Sachsen auf, deren Nachfolger unter seiner Zustimmung das sozialistische Hebergasakabinett Felsch antrat, das dann der Großen Koalition in Sachsen den Weg bereitete. Noch bis in die letzten Tage seines Lebens hinaus war Dr. Heinze im Auftrag des Auswärtigen Amtes, u. a. als Vorsitzender des Deutsch-Ägyptischen Schiedsgerichtes, tätig.

Dr. Heinze hat während seiner ganzen reichsbewegten politischen Tätigkeit seine Dienste und seine Arbeitskraft in so umsichtiger und charaktervoller Weise in den Dienst der Allgemeinheit gestellt, daß sein plötzliches Ableben weit über den Kreis seiner engeren Parteifreunde hinaus im ganzen Reich und auch im Auslande lebhaft Teilnahme weckte. Trotz seines seit Jahr und Tag erschütterten Gesundheitszustandes bezieht Dr. Heinze bis zuletzt neben seinem Reichstagsmandat das Parteibüroamt des Wahlkreisvorsitzenden der Deutschen Volkspartei Ostachsen bei, als welcher er durch lange Jahre die regie organisatorische Tätigkeit entwickelte. An den Arbeiten des Reichstages selbst hatte Dr. Heinze bis zuletzt regen Anteil; so vertrat er seine Fraktion noch in den letzten Monaten im Bildungsausschuß des Reichstags, wo er sich mit Entschiedenheit für die Ausräumung der aus dem Reichlichen Schulgesetzentwurf entstandenen Schwierigkeiten und für die Reuschaffung der evangelischen Schule in Sachsen einsetzte.

Dr. Heinze hat ein Lebensalter von fast 68 Jahren erreicht. Er ist in den Zielen der Politik gestorben. Trauernd steht an seiner Bahre nicht nur die volksparteiliche Organisation seines Heimatwahlkreises und des von ihm erst vor kurzem mitgegründeten Sächsischen Landesverbandes, sondern die ganze Deutsche Volkspartei im Reich und darüber hinaus weite politische und juristische Kreise Deutschlands, die in ihm den unabhängigen und aufrechten Politiker und den Vorkämpfer für Recht gegen Unaufrichtigkeit und Unrecht verehrten. Ebenso hatte Dr. Heinze im Deutschen Reichstage zahlreiche persönliche und politische Freunde weit über den Kreis seiner Partei hinaus. Sein Hinscheiden bedeutet nicht nur für sein sächsisches Heimatland, sondern für die ganze deutsche Politik und nicht zuletzt für das deutsche Richtertum einen schweren und herben Verlust.

Dr. Heinzes Nachfolger in der Spitzenkandidatur der Deutschen Volkspartei Ostachsen ist der bisherige Reichstagsabgeordnete Direktor Dr. Rudolph Schneider, der seit 1924 in enger Gemeinschaft mit Exzellenz Heinze die Deutsche Volkspartei des Reichstagswahlkreises Ostachsen im Reichstage vertritt. Auf den zweiten Platz der ostächsischen Kandidatenliste rückt die langjährige frühere sächsische Landtagsabgeordnete Frau Dr. Hertwig-Bürger.

ungeheuer groß die Tragweite der beginnenden Verhandlungen über eine weitere Regelung der Reparationslasten ist, und wieder davon sah für jeden einzelnen auf dem Spiele steht. Der Reichstag aber, welcher am 20. Mai für vier Jahre gewählt werden wird, hat dasjenige Reichskabinett zu bilden, welches die Verhandlungen führen soll und hat abdam aber die folgen-schweren Besetze zu beschließen!

Die Zahl der Wahlvorschläge und Bewerber zu den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928.

Berlin. Nach Feststellungen des Reichswahlleiters sind zu den kommenden Reichstagswahlen insgesamt 642 Wahlvorschläge und 31 Reichswahlvorschläge, insgesamt 673 Wahlvorschläge ausgestellt, gegenüber 485 Reichswahlvorschlägen und 22 Reichswahlvorschlägen — 507 Wahlvorschlägen insgesamt bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924. Die Zahl der Wahlvorschläge ist mithin um fast ein Drittel gestiegen.

Die Zahl der Bewerber beträgt auf den Reichswahlvorschlägen 5672 (5224 männliche und 448 weibliche Bewerber), auf den Reichswahlvorschlägen 536 (498 männliche und 38 weibliche Bewerber); insgesamt 6208 (5717 männliche und 491 weibliche Bewerber). Zur Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 waren 4716 Bewerber zugelassen, davon 4208 männliche und 518 weibliche Bewerber. Die Zahl der Bewerber insgesamt ist mithin um 1492 (=32 v. H.), die der männlichen Bewerber um 1514 (=36 v. H.) gestiegen, hingegen die Zahl der weiblichen Bewerber um 22 (=4,3 v. H.) zurückgegangen.

Ein Aufruf der Deutschen Volkspartei.

ad. Berlin. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei erläßt einen Aufruf an seine Parteifreunde, in dem es heißt:

„Unser hochverehrter Parteiführer, der Reichsaussenminister Dr. Stresemann, ist erkrankt. Fünf Jahre hat er die Außenpolitik des Deutschen Reiches geleitet. In diesen fünf Jahren hat sich die Stellung Deutschlands in der Welt von Grund auf gewandelt. Durch fünf Jahre hat aber auch

Dr. Stresemann Tag und Nacht ununterbrochen im Dienste des Vaterlandes gestanden, ohne sich Ruhe und Erholung zu gönnen. Unsere Hoffnungen eilen mit dem Wunsche von Millionen Deutschen seiner früheren Gesundheit voraus. Das vorübergehende Fehlen unseres Vorkämpfers wollen wir ausgleichen durch den entschlossenen Willen, unsere ganze Kraft einzusetzen, um den Wahlkampf zu einem für unsere Sache erfolgreichen Ende zu führen. Treue und Treue!“

Eine unrichtige Nachricht.

X Berlin. In der Presse wird eine Nachricht verbreitet, wonach im Auswärtigen Amt vor einigen Wochen eine wichtige englische Note in der Reparationsfrage eingegangen sei. Man wisse in der Berliner Wilhelmstraße seit Eingang dieser Note aus genau, daß die Verordnungen auf Revision des Dawes-Planes von London der feineren Unterföschung erfahren werden. Von zuständiger Seite wird dazu mitgeteilt, daß diese Nachricht unrichtig ist. Es ist weder eine solche Note der englischen Regierung eingegangen, noch schweben zur Zeit überhaupt Verhandlungen grundsätzlicher Art über die Reparationsfrage mit der englischen Regierung. Soweit mit englischen Stellen über Reparationsfragen verhandelt wird, handelt es sich dabei um untergeordnete Fragen der technischen Durchführung der Reparationsleistungen, wie sie auch mit allen übrigen reparationsberechtigten Ländern laufend geführt werden.

Reichskabinett und Reichsbahn.

X Berlin. Zur Reichskabinettsitzung am Mittwoch verlautet noch in politischen Kreisen, daß die zukünftigen Stellen, die die Denkschrift der Reichsbahn zunächst beraten sollen, das Reichsverkehrs-, das Reichsfinanz- und das Reichswirtschaftsministerium sind. Vertreter der Reichsbahn werden an diesen internen Besprechungen der Reichsregierung nicht beteiligt sein. Man nimmt an, daß die Regierungsberatungen etwa bis Mitte nächster Woche dauern werden, so daß das Reichskabinett sich erneut mit dieser Frage beschäftigen kann, wenn nach dem Abschluß des Wahlkampfes die Minister wieder vollständig in Berlin anwesend sind.